

## **Niederschrift**

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 11.02.2015, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 .** Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 .** Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 227/2015
- 3 .** Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen  
Vorlage: 226/2015
- 4 .** Stellenplan 2015  
Vorlage: 211/2015
- 5 .** Ermächtigungsübertragung gemäß § 22 GemHVO  
Vorlage: 224/2015
- 6 .** Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 225/2015
- 7 .** Benennung einer Straße im Bereich des Pappelweges in Bauchem  
Vorlage: 219/2015
- 8 .** Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2015  
Vorlage: 220/2015
- 9 .** Umbesetzung des Umwelt- und Bauausschusses  
Vorlage: 213/2015
- 10 .** Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Würm ab dem Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 187/2014
- 11 .** Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses über die Durchführung des Schüleranmeldeverfahrens an den städtischen Schulen  
Vorlage: 234/2015
- 12 .** Entscheidung über eine Befreiung und eine Abweichung für ein Bauvorha-

ben in Geilenkirchen  
Errichtung eines Einfamilienwohnhauses im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 84, 1. Änderung  
Befreiung von der Festsetzung über die Traufhöhe  
Abweichung von der festgesetzten Dachneigung  
Vorlage: 207/2014

- 13 .** Information und Beratung zum Stand und über das weitere Vorgehen im LEADER - Projekt "Aachener Revier"  
Vorlage: 212/2015
- 14 .** Vergütungen für wahrgenommene Mandate und Nebentätigkeiten des Bürgermeisters in 2014  
Vorlage: 232/2015
- 15 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 16 .** Fragestunde für Einwohner

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 17 .** Grundstücksangelegenheiten
- 17.1 .** Verkauf des städtischen Objektes von Humboldt-Str. 45 - ehem. Feuerwehrgerätehaus Niederheid  
Vorlage: 206/2014
- 17.2 .** Verkauf von städtischen Grundstücken  
Vorlage: 209/2014
- 17.3 .** Gewerbeflächenveräußerung im Gewerbegebiet Niederheid-Süd  
Vorlage: 221/2015
- 17.4 .** Gewerbeflächenveräußerung im Gewerbegebiet Niederheid-Süd  
Vorlage: 222/2015
- 18 .** Abschluss eines außergerichtlichen Vergleichs in einem Insolvenzverfahren  
Vorlage: 233/2015
- 19 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

### **Anwesend waren:**

#### Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden anwesend bis TOP 15
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Karola Brandt
7. Herr Karl-Peter Conrads
8. Frau Jennifer Diederichs
9. Herr Dr. Stefan Evertz
10. Herr Helmut Gerads
11. Herr Johann Graf
12. Herr Christoph Grundmann
13. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
14. Frau Karin Hoffmann
15. Herr Rainer Jansen
16. Herr Michael Kappes
17. Herr Nils Kasper
18. Herr Thomas Klein
19. Herr Wilfried Kleinen
20. Herr Heinz Kohlen
21. Herr Christian Kravanja
22. Herr Leonhard Kuhn
23. Herr Stefan Mesaros
24. Herr Manfred Mingers
25. Herr Willi Münchs
26. Herr Uwe Neudeck
27. Herr Hans-Josef Paulus
28. Herr Manfred Schumacher
29. Frau Barbara Slupik
30. Herr Lars Speuser
31. Herr Raimund Tartler
32. Herr Michael van Dillen
33. Herr Harald Volles
34. Frau Kirsten vom Scheidt
35. Herr Max Weiler
36. Herr Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

37. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
38. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
39. Herr Daniel Goertz
40. Herr Joachim Grünewald
41. Herr Peter Klee
42. Frau Susanne Köppl

Protokollführerin

43. Frau Sandra Schuhmachers

Es fehlten

44. Frau Theresia Hensen

- 45. Frau Gabriele Kals-Deußen
- 46. Herr Ernst Michael Thielemann

## **I. Öffentlicher Teil**

Bürgermeister Fiedler eröffnete die 6. Sitzung des Rates um 18.00 Uhr. Er begrüßte die anwesenden Zuschauer und die Presse sowie die Stadtverordneten und die Mitarbeiter der Verwaltung. Besonders begrüßte Bürgermeister Fiedler den Behindertenbeauftragten Herrn Pütz, der in dieser Sitzung einen Bericht über seine Tätigkeit halten werde. Die Stadtverordneten Frau Hensen, Frau Kals-Deußen und Herr Thielemann seien verhindert und könnten nicht an dieser Sitzung teilnehmen. Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugegangen. Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung habe es nicht gegeben.

### **TOP 1     Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Fiedler teilte folgende Angelegenheiten mit:

#### „1. Entwicklung der Förderschullandschaft

Bekanntlich können die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ im Südkreis des Kreises Heinsberg wegen Unterschreitens der Mindestschülerzahlen über das laufende Schuljahr hinaus nicht mehr unverändert fortgeführt werden. Es handelt sich hierbei um die folgenden beiden Förderschulen, die jeweils in Trägerschaft eines Zweckverbandes stehen:

- Mercatorschule Gangelt (Zweckverbandmitglieder: Geilenkirchen, Gangelt, Selfkant)
- Don-Bosco-Schule Heinsberg (Zweckverbandsmitglieder: Heinsberg, Waldfeucht, Wassenberg)

Nach mehreren Erörterungsgesprächen zwischen den beteiligten Kommunen - zuzüglich der Stadt Übach-Palenberg - und teilweise unter der Moderation des Kreises wurde ein Modell erarbeitet, das dazu geeignet ist, das vorhandene Förderschulangebot trotz rückläufiger Schülerzahlen weiterhin aufrechtzuerhalten.

Hierzu gehören folgende Eckpunkte:

- Der Förderschulzweckverband Don-Bosco in Heinsberg wird aufgelöst.
- Die Städte Heinsberg und Wassenberg, die Gemeinde Waldfeucht und die Stadt Übach-Palenberg treten dem bestehenden bleibenden Mercatorschulzweckverband bei.
- Die Satzung wird entsprechend erweitert und geändert.
- Sitz des Zweckverbandes ist Heinsberg.

- Hauptstandort ist das Schulgebäude in Heinsberg, Teilstandort ist das Schulgebäude in Gangelt. Die beiden Namen „Don-Bosco-Schule“ und „Mercatorschule“ bleiben für die Schulgebäude erhalten.
- Die Verbandsversammlung besteht aus 10 Mitgliedern, davon erhalten die größeren Kommunen (u. a. Geilenkirchen) jeweils 2 Sitze und die kleineren Kommunen jeweils einen Sitz.
- Die Verbandsumlage wird zu einem Drittel nach den Umlagegrundlagen der Kreisumlage (Steuerkraft) und zu zwei Dritteln nach der Zahl der Schüler aus der jeweiligen Kommune berechnet.
- Die Schülerfahrkosten werden abweichend vom gesetzlichen Schulträgerprinzip von der jeweiligen Wohnortkommune getragen. Der Schülertransport wird ebenfalls von der Wohnortkommune organisiert.

Die Vereinbarung steht unter dem Vorbehalt, dass die Bezirksregierung der Stadt Übach-Palenberg als Stärkungspaktkommune den Beitritt zu diesem Zweckverband genehmigt. Die Stadt Übach-Palenberg ist derzeit an keinem der bestehenden Zweckverbände beteiligt.

Nach den derzeitigen Berechnungsgrundlagen ist durch dieses Konstrukt für die Stadt Geilenkirchen nicht mit einer Kostensteigerung zu rechnen. Sollte die Stadt Übach-Palenberg die Genehmigung zum Beitritt in den Zweckverband nicht erhalten, so werden die übrigen Kommunen voraussichtlich nicht bereit sein den Zweckverband zu tragen. In diesem Falle müsste ggf. der Kreis als Schulträger diese Aufgabe übernehmen, wobei dann die Kosten im Wege der Kreisumlage von den Kommunen getragen werden müssten, ohne dann allerdings Einfluss auf die Schulträgeraufgaben nehmen zu können.

Es ist vorgesehen, die notwendigen Beschlüsse in der anstehenden Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur am 12.03. vorzubereiten und in der Sitzung des Rates am 25.03. abschließend zu fassen.

## 2. Verschiebung von Ausschussterminen

Der Generalplaner des Schwimmbadneubaus soll seine Entwurfsplanung in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses vorstellen. Allerdings bittet die Verwaltung darum, diese Sitzung um zwei Wochen, nämlich auf den 17.3.2015 zu verschieben, damit die Kosten aller Gewerke und die Einhaltung des gesetzten Gesamtbudgets planungssicher vorgestellt werden können. Der Ausschussvorsitzende hat bereits seine Zustimmung signalisiert. Es geht jetzt darum, ob auch die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses um zwei Wochen, also auf den 18., respektive 19. März verschoben werden sollen, um den Fraktionen zusätzliche Fraktionssitzungen zu ersparen. Ich habe diese Frage bereits den Fraktionsvorsitzenden vorgelegt.

## 3. Einstellung eines weiteren Kümmerers für Flüchtlinge

Die Verwaltung erwartet in diesem Jahr einen Anstieg der Flüchtlingszahlen auf ca. 240 Personen. Ich beabsichtige deshalb, für eine Frist von 2 Jahren, einen zusätzlichen Hausmeister mit ausgewiesener sozialer Kompetenz als zusätzlichen „Kümmerer“ für Flüchtlinge einzustellen. Der Stellenplan wird dadurch nicht geändert. Ich werde Ihnen diese Neueinstellung im nächsten HFA als Beschlussvorschlag vorlegen.

#### 4. Vergabe eines Auftrages zur Erstellung eines städtebaulichen Handlungskonzeptes für die Fliegerhorstsiedlung Neu-Teveren

In der Sitzung am 10.09.2014 hat der Rat der Stadt einen Stadtumbaubeschluß für die Fliegerhorstsiedlung gefasst und die Erstellung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes durch ein externes Planungsbüro auf der Grundlage vorkalkulierter Kosten in Höhe von 55.300,00 € beschlossen.

Die Planungsgruppe MWM in Aachen hat mit Schreiben vom 09.02.2015 ein entsprechendes Angebot vorgelegt.

Zwischenzeitlich konnte das Angebot auch mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigentümerin der Liegenschaften in der Siedlung abgestimmt werden.

Die Bundesanstalt trägt einen Anteil von 30% der Kosten des Entwicklungskonzeptes. Mit Bewilligungsbescheid vom 28.11.2014 wurde der Stadt eine Zuwendung in Höhe von 25.830,00 € gewährt, so dass die Stadt einen Eigenanteil am Konzept in Höhe von ca. 11.000,00 € zu tragen hat.

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses wird die Verwaltung den Auftrag zur Erstellung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes in den nächsten Tagen an die Planungsgruppe MWM vergeben.“

## **TOP 2    Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 227/2015**

Herr Pütz erklärte, dass am Ende einer Amtsperiode des ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung ein Tätigkeitsbericht gehalten werden müsse. Er verwies auf die städtische Internetseite, auf der einige Tätigkeiten aufgeführt seien, die in Zusammenarbeit mit dem Rat und der Verwaltung der Stadt Geilenkirchen vorgenommen worden seien.

Hinsichtlich des Hallenbadneubaus habe Herr Pütz bereits frühzeitig Kontakt mit Herrn Technischen Beigeordneten Mönter aufgenommen. Sobald die Planung fertig gestellt sein werde, solle sie auf die Einhaltung der Barrierefreiheit hin überprüft werden.

Bei der Kommunalwahl 2014 habe Herr Pütz sich ebenfalls für die Bereitstellung von Hilfen wie etwa einer Broschüre in leichter Sprache engagiert und entsprechende Vorkehrungen mit dem Hauptamt unter Federführung des Amtsleiters Herrn Klee getroffen.

Im Rahmen des Bauabschnitts in der Innenstadt im Bereich Markt, Herzog-Wilhelm-Straße und Haihover Straße seien Bordsteine und Pflaster mit Noppen und Rillen versehen worden, um die Belange behinderter Menschen zu berücksichtigen. Zudem seien Geschäftseingänge und Inneneinrichtungen stufenlos gestaltet worden. Bei Anträgen auf Nutzungsänderung von Ladenlokalen werde stets auch das Thema Barrierefreiheit angesprochen und eingefordert. Bei der Verwirklichung würden Karenzzeiten eingeräumt, etwa um eine Finanzierung der Umbaumaßnahmen sicher zu stellen. Auf eine barrierefreie Gestaltung sei auch bei der Modernisierung der Einkaufspassage hingewiesen worden. Die in dem Gebäude befindlichen Geschäfte und Arztpraxen seien nahezu alle barrierefrei erreichbar. Im Bereich der Jülicher Straße und Konrad-Adenauer-Straße sei Herr Pütz aktuell mit Herrn Technischen Beigeordneten Mönter im Gespräch und habe angeregt, die 30er Zone zu verlagern oder eine Überquerungsmöglichkeit zu schaffen. Herr Pütz richtete seinen Appell zur Findung einer Lösung für diese Problematik auch an den Stadtrat.

Herr Pütz führte aus, dass nach Abriss des Stellwerkhäuschens ein Schandfleck verschwunden sei. Er habe gegenüber der Bahn eine barrierefreie Gestaltung des Bahnübergangs gefordert. Da die Bahn sich jedoch dagegen ausgesprochen habe, sei der Bahnübergang mit Mitteln der Stadt Geilenkirchen mit Noppen und Rillen versehen worden.

Der Bahnhof stelle aus Sicht des Behindertenbeauftragten ein besonders großes Ärgernis dar, da das Gleis zwei noch immer nicht barrierefrei erreichbar sei. Seine Unzufriedenheit darüber habe er unter anderem auch gegenüber dem Nahverkehr Rheinland geäußert. In naher Zukunft sei der Einsatz neuer Wägen von der Deutschen Bahn geplant, wodurch nun eine Selbstverpflichtung des Nahverkehrs Rheinland zur barrierefreien Gestaltung der Bahnsteige entstehe. In der nächsten Besprechung Ende März solle auch die Barrierefreiheit angesprochen werden. Auch in einem Gespräch mit dem Landesbehindertenbeauftragten habe Herr Pütz diese Angelegenheit thematisiert.

In den letzten Jahren sei auch ein Teilstück von 1,5 km ausgehend vom Parkplatz in Grotenrath in der Teverener Heide barrierefrei gestaltet worden. Momentan würden Gelder gesammelt, um akustische Informationen und Hinweistafeln mit großer Schrift zu installieren. Herr Pütz sei bestrebt, das barrierefreie Teilstück weiter auszubauen und befinde sich in dieser Angelegenheit auch im Gespräch mit anderen Institutionen wie dem Kreis Heinsberg und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Herr Pütz berichtete zudem von einem Fall einer Person aus der Ortschaft Teveren, die einen Impfschaden erlitten habe. Die Verhandlung vor dem Sozialgericht laufe momentan. In einer deutschlandweiten Spendenaktion seien Gelder gesammelt worden. Von diesen Mitteln sei ein behindertengerechtes Auto erworben und eine behindertengerechte Wohnung organisiert worden. Um auch andere von Impfschäden betroffene Personen aus Geilenkirchen unterstützen zu können, sei in Zusammenarbeit mit einer Genossenschaftsbank im Kreis Heinsberg ein Fonds eröffnet worden. Zudem sei ein Benefizkonzert im Jahr 2015 geplant, für das einige namhafte Künstler ihre Teilnahme bereits zugesichert hätten.

In der Alten Poststraße habe Herr Pütz sich dafür eingesetzt, den Behindertenparkplatz zu verschieben, da ein Laternenpfahl Rollstuhlfahrer beim Ausstieg störe. Er regte an, auch eine Möglichkeit für kurzzeitiges Halten etwa im Rahmen von Patiententransporten in der Nähe der Salzoase zu schaffen.

Herr Pütz schlug außerdem vor, dass die Homepage der Stadt Geilenkirchen akustisch gestaltet werden solle. Die akustische Gestaltung könne etwa bei der Kinderseite beginnen und sukzessiv auf den Rest der Homepage ausgeweitet werden.

Hinsichtlich der Integration von Förderschülern in den Arbeitsmarkt erklärte Herr Pütz, dass das Ministerium einige Stellen fördere. Unter anderem seien einzelne Personen aus dem Stadtgebiet im Ministerium und in einer Landesbehörde beschäftigt. Momentan würden Gespräche zur Integrierung einer weiteren Person geführt.

Herr Pütz fasste zusammen, dass er für die Tätigkeit als Behindertenbeauftragter auch weiterhin zur Verfügung stehe, da ihm die Aufgabe viel Spaß bereite. Es seien viele Kontakte entwickelt und Wege zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung gefunden worden. Zielvereinbarungen seien jedoch nicht geschlossen worden, da diese nach Auffassung des Herrn Pütz einengend wirken würden. Vielmehr solle die bisherige Vorgehensweise weiter beibehalten werden.

Herr Stadtverordneter Benden bedankte sich bei Herrn Pütz für seine engagierte Tätigkeit und erklärte, dass die barrierefreie Gestaltung der Bahnhöfe in Geilenkirchen und Lindern allen Anwesenden ein Anliegen für die Zukunft sei. Auch die Errichtung einer Querungshilfe in Hünshoven sei bereits in der Vergangenheit im Rat kontrovers diskutiert worden. Hierzu könne die Verwaltung Gestaltungsmöglichkeiten ausarbeiten. Viele Angelegenheiten seien in Geilenkirchen zur Zufriedenheit behinderter Menschen umgesetzt worden. Herr Stadtverordneter Benden erkundigte sich, ob Herr Pütz auch Kontakt zum Kindergarten der Lebenshilfe oder zur Janusz-Korczak-Schule oder der Mercatorschule gehabt habe und ob dort etwa im Bereich der schulischen und gesellschaftlichen Inklusion Wünsche offen geblieben wären.

Herr Pütz schilderte, dass er mehrfach Kontakt mit den Förderschulen gehabt habe und kritisierte, dass seitens der Schulen und auch seitens des Ministeriums mehr Input für die Beschäftigung von Förderschülern nach Beendigung der Schule benötigt werde. Das Potenzial der Schüler dürfe man nicht verstreichen lassen.

Herr Stadtverordneter Benden beschrieb, dass der Leiter der Gangelter Förderschule seiner Ansicht nach gute Arbeit leiste. Erfolgserlebnisse der Schule seien ihm geschildert worden. Viele Schüler hätten nach Abschluss der Schule eine Arbeitsstelle gefunden.

Herr Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass Herr Pütz viele Angelegenheiten in die Wege geleitet habe und sein Bericht einen neuen Blickwinkel für Außenstehende eröffnet habe. Er bedankte sich stellvertretend für die Bürgerliste für die geleistete Arbeit. Durch beharrliches Auftreten sei viel erreicht worden. Auch Pläne für die Zukunft seien angesprochen worden. Geilenkirchen sei eine Stadt, die sich um die Be-

lange behinderter Menschen kümmern will. Daher werde die Bürgerliste sich für eine Wiederwahl des Herrn Pütz aussprechen.

Herr Stadtverordneter Mesaros bedankte sich ebenfalls für die sehr gute Arbeit des Herrn Pütz und signalisierte stellvertretend für die SPD-Fraktion die Unterstützung des Herrn Pütz bei der Wiederwahl.

Herr Stadtverordneter Wolff bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion bei Herrn Pütz und sicherte die Unterstützung durch die Fraktion bei der Wiederwahl zu.

Bürgermeister Fiedler dankte Herrn Pütz ebenfalls für seine sehr engagierte Arbeit.

### **Kenntnisnahme:**

Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis

### **TOP 3 Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen Vorlage: 226/2015**

#### **Beschlussvorschlag:**

Herr Heinz Pütz wird als ehrenamtlicher Beauftragter zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeauftragter) für die Stadt Geilenkirchen für die Zeit vom 01.04.2015 bis 31.03.2017 bestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	4

Nach der Wahl bedankte sich Bürgermeister Fiedler bei Herrn Pütz für seine geleistete Arbeit und wünschte ihm viel Erfolg für die folgende Amtszeit.

Herr Pütz bedankte sich für das Vertrauen des Rates und erklärte seinen Respekt gegenüber den Enthaltungen. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Rat und der Verwaltung.

### **TOP 4 Stellenplan 2015 Vorlage: 211/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 5 Ermächtigungsübertragung gemäß § 22 GemHVO  
Vorlage: 224/2015**

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Verwaltung sich im Zuge der Haushaltsplanung bemüht habe, die Summe der Ermächtigungsübertragungen so weit wie möglich zu kürzen.

**Kenntnisnahme:**

Der Rat nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen zur Kenntnis.

**TOP 6 Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und  
Auszahlungen  
Vorlage: 225/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat nimmt die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

**TOP 7 Benennung einer Straße im Bereich des Pappelweges in Bauchem  
Vorlage: 219/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die neue Erschließungsanlage im Bereich der Straße „Pappelweg“ erhält den Namen „Namurstraße“.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 8    Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2015**  
**Vorlage: 220/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zum Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtgebiet wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9    Umbesetzung des Umwelt- und Bauausschusses**  
**Vorlage: 213/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- und Bauausschuss wird folgendermaßen umbesetzt:

Herr Uwe Eggert scheidet als sachkundiger Bürger der SPD-Fraktion aus. Seinen Platz als sachkundiger Bürger nimmt Herr Holger Sontopski ein. Persönlicher Vertreter des Herrn Sontopski ist Herr Omer Semmo, der ebenfalls sachkundiger Bürger ist.

Herr Stadtverordneter Benden scheidet als Mitglied des Umwelt- und Bauausschusses aus. Als Nachfolger benennt die Fraktion der Grünen den sachkundigen Bürger Herrn Uwe Eggert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
-----	----

Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 10    Betreuungsangebote der Kath. Grundschule Würm ab dem Schuljahr 2015/2016  
Vorlage: 187/2014**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zu schaffen, um zum Schuljahresbeginn 2015/16 an der KGS Würm eine Offene Ganztagschule einzurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 11    Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses über die Durchführung des Schüleranmeldeverfahrens an den städtischen Schulen  
Vorlage: 234/2015**

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz kritisierte, dass den Ratsmitgliedern keine Zeit zur Beratung über diese Angelegenheit gegeben worden sei. Das Ergebnis des Dringlichkeitsbeschlusses sei nicht überraschend. Er dankte den Ratsmitgliedern, die das Gespräch mit dem Schulleiter der Gesamtschule gesucht hätten. Da der Beschluss weitreichende Konsequenzen habe und nicht mehr zurückgenommen werden könne, werde die Fraktion der Grünen nicht zustimmen. Die Fraktion habe sich bereits vor drei Jahren gegen einen ähnlichen Beschluss ausgesprochen. Er regte an, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur zu setzen und die Geltung für das nächste Anmeldejahr zu prüfen. Durch Inklusion, G 8, das Auslaufen der Hauptschulen in benachbarten Kommunen und andere Neuerungen würden sich die Schülerzahlen an den Schulen verändern. Auf Nachfrage des Bürgermeisters Fiedler erklärte Herr Stadtverordneter Dr. Evertz, dass er als Lehrer nicht befangen sei, da er keinen Vor- oder Nachteil aus einem positiven oder negativen Beschluss des Rates ziehen könne.

Herr Stadtverordneter Hoffmann erklärte, dass die SPD-Fraktion die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verordnung begrüße. Das nun vorgelegte Papier stelle jedoch keine Verbesserung dar. Die spezifische Zusammensetzung der Schullandschaft in Geilenkirchen sei nicht berücksichtigt worden. Die Gesamtschule stehe in Konkurrenz zu anderen Gesamtschulen in der Region. Diese Konkurrenz solle durch eine Offen-

heit der Schule gegenüber Schülern aus der Region hergestellt werden. Er kritisierte, dass dem Dringlichkeitsbeschluss zufolge die Aufnahme anderer Schüler verweigert werden könne und erkundigte sich, in welchen Fällen genau eine Verweigerung möglich sei. In dieser Sache müsse die Schule eine Hilfestellung bei der Entscheidungsfindung erhalten. Herr Stadtverordneter Hoffmann begrüße zudem die Initiative des Lehrerrats der Realschule. Zu diskutieren sei ferner, ob städtische Grundschulen Empfehlungen zum Besuch des privaten bischöflichen St.-Ursula-Gymnasiums aussprechen sollten.

Herr Stadtverordneter Kravanja betonte, dass die bisher existierende Verordnung nicht von Beginn an rechtswidrig gewesen sei, sondern erst rechtswidrig geworden sei, nachdem Paragraphen im Schulgesetz zum 01.04.2014 eingefügt worden seien. Auch andere Kommunen hätten zuvor ähnliche Beschlüsse gefasst. Fraglich sei, wie weiter mit der Gesamtschule umgegangen werden solle. Schüler aus dem Stadtgebiet sollten nicht weggeschickt werden. Die Fraktion der Bürgerliste sehe sich und auch den Rat der Stadt Geilenkirchen verpflichtet gegenüber hier ansässigen Kindern und Schülern. Eine Abweisung solle nur dann möglich sein, wenn eine Gesamtschule am Wohnort des Kindes vorhanden sei. Dieses Jahr habe die Gesamtschule insgesamt drei Schüler aus dem Kreis Heinsberg abweisen müssen. Herr Stadtverordneter Kravanja schloss sich dem Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Dr. Evertz an und regte an, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur zu setzen.

Herr Stadtverordneter Benden äußerte, dass die Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Kravanja nicht ganz korrekt gewesen seien. Eine inhaltliche Diskussion solle nicht im Rat, sondern im zuständigen Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur geführt werden. Die Fraktion der Grünen rege sich insbesondere über das Vorgehen der Verwaltung auf, da diese den Fachausschuss ausgehebelt habe. Im Fachausschuss seien auch Schulleiter als beratende Mitglieder vorhanden, wodurch eine bessere Beratung über die Angelegenheit erfolgen könne. Am 16.09.2014 habe die Bezirksregierung einen Runderlass verfasst, aus dem die Rechtswidrigkeit der Regelung hätte folgern und einen entsprechenden Beschluss des Rates hätte herbeiführen können. Am 28.01.2015 habe Herr Stadtverordneter Benden eine E-Mail erhalten mit der Information, dass die Dringlichkeit des Beschlusses nun gegeben sei und er eine Unterschrift innerhalb von 24 Stunden leisten solle. Innerhalb von 24 Stunden könne jedoch kein Stadtverordneter eine fundierte Entscheidung treffen. Bereits acht Tage vorher nach Erhalt einer E-Mail der Bezirksregierung, in der auf eine Rechtswidrigkeit der städtischen Regelung hingewiesen worden sei, hätten die Stadtverordneten informiert werden müssen. Bei einer solchen frühzeitigeren Information hätte das Thema noch in Fraktionssitzungen oder Gesprächen mit Schulleitern beraten werden können. Herr Stadtverordneter Benden kritisierte außerdem, dass Dringlichkeitsbeschlüsse in Geilenkirchen immer häufiger gefasst würden und der Begriff des „Dringlichkeitsbeschlusses“ großzügig interpretiert werde. Fraglich sei auch, warum der Beschluss nur für die Gesamtschule gefasst worden sei, obwohl die Regelung des § 46 Abs. 6 Schulgesetz für alle Schulen gelte.

Herr Stadtverordneter Wolff mahnte, dass der Rat sich auf die Sache besinnen solle. Die CDU-Fraktion habe dem Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt, weil die Beschulung

von Kindern aus dem Stadtgebiet in hiesigen Schulen Vorrang gegenüber der Beschulung von Kindern aus Nachbarkommunen haben müsse. Im Gespräch mit dem Schulleiter der Gesamtschule habe dieser Argumente vorgebracht, weshalb die Einführung einer solchen Regelung entsprechend des Dringlichkeitsbeschlusses nicht erforderlich sei. Aus Sicht der CDU-Fraktion seien diese Argumente jedoch nicht stichhaltig gewesen. In einem Gespräch mit Herrn Ersten Beigeordneten Brunen habe dieser erklärt, dass die Mail der Bezirksregierung zunächst habe geprüft werden müssen und ein zeitlicher Druck auf Grund des bevorstehenden Anmeldeverfahrens bestehe. Die Gesamtschule sei eine gute Schule, die viel Zulauf von außerhalb des Stadtgebiets wohnenden Schülern erhalte. Schüler aus dem Stadtgebiet sollten jedoch bevorzugt werden. Die Entwicklung wirke sich auch auf die anderen Schulen im Stadtgebiet aus, sodass bei Überhängen an einer Schule die überzähligen Kinder an einer anderen Schule untergebracht werden könnten. Die als Dringlichkeitsbeschluss beschlossene Regelung sei der richtige Weg.

Herr Erster Beigeordneter Brunen stellte klar, dass mit der Regelung zur Bildung eines Schuleinzugsbereichs die selbe Intention wie mit dem Dringlichkeitsbeschluss verfolgt worden sei. Zwar war der Bezirksregierung die von der Stadt Geilenkirchen gefasste Regelung bereits vorher bekannt, allerdings habe die Bezirksregierung erst zwei Wochen vor Beginn des Anmeldeverfahrens per E-Mail mitgeteilt, dass die zu der Zeit in Geilenkirchen bestehende Regelung rechtswidrig sei. Die Veränderung der Schullandschaft führe dazu, dass eine Möglichkeit zur Zurückweisung eröffnet werden müsse, da in den letzten Jahren einige Gesamtschulen in der Umgebung gegründet worden seien. Der § 46 Abs. 6 Schulgesetz greife nur bei einem Anmeldeüberhang, der aktuell nur bei der Gesamtschule zu verzeichnen sei. Nach Eingang der E-Mail der Bezirksregierung habe die Verwaltung zunächst prüfen müssen, ob etwas unternommen werden müsse und was getan werden solle. Mit dem aktuellen Beschluss solle eine Regelung in Kraft treten, die das gleiche Ziel wie die bisher bestehende Regelung verfolgen solle.

Herr Stadtverordneter Mingers stimmte dem Beschluss zu und sprach sich dafür aus, die Diskussion über den Inhalt der Regelung im zuständigen Ausschuss zu führen.

Herr Stadtverordneter Kravanja stimmte Herrn Stadtverordneten Benden insoweit zu, als dass die Verwaltung sensibler hätte reagieren können. Die Dringlichkeit des Beschlusses sei jedoch in jedem Fall gegeben gewesen.

Herr Stadtverordneter Benden merkte an, dass keine Kommune im Kreis Heinsberg eine ähnliche Regelung wie die Stadt Geilenkirchen getroffen habe. Außerdem erklärte er, dass nicht die gesamte Schulsituation in der Stadt Geilenkirchen beobachtet worden sei, sondern die Schulen nur immer einzeln betrachtet würden. Das Gymnasium habe viele Schüler aufgenommen, die außerhalb des Stadtgebietes wohnen würden. Viele Schüler aus dem Stadtgebiet würden in Nachbarkommunen beschult. Um dies zu vermeiden, müsse Hand in Hand zusammengearbeitet und keine „Kirchturmpolitik“ betrieben werden. Die Realschule verfüge noch über freie Kapazitäten, sodass der Dringlichkeitsbeschluss nicht hätte verabschiedet werden müssen.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz betonte, dass die gleichen Argumente wie beim Beschluss der Regelung vor drei Jahren geäußert worden seien. Die Angelegenheit sei jedoch viel zu komplex, um in dieser Sitzung diskutiert werden zu können. Bevor die Sache in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur weiter diskutiert werden solle, könnten etwa Gespräche mit den anderen Fraktionen geführt werden.

Herr Stadtverordneter Kasper erklärte, dass er dem Dringlichkeitsbeschluss zustimme, merkte jedoch an, dass dieses Thema zu wichtig sei, um im Rahmen eines schnellen Beschlusses behandelt zu werden. Der Beschluss im Wege der Dringlichkeit sei gerechtfertigt. Der vom Gremium gewollte Beschluss sei ohne einen Dringlichkeitsbeschluss nicht möglich gewesen, daher stimme er dem Dringlichkeitsbeschluss zu.

Herr Stadtverordneter Hoffmann erklärte, dass in der Niederschrift zum in der Vergangenheit gefassten Beschluss gestanden habe, dass Herr Stadtverordneter Kravanja von einem Überhang in Höhe von 50 Anmeldungen gesprochen und die FDP sich für eine siebenzügige Schule ausgesprochen habe. Das Niveau der Gesamtschule solle hoch gehalten werden, sodass die Schule eine gute Schule bleibe. Herr Stadtverordneter Hoffmann stimmte Herrn Stadtverordneten Benden zu, dass die Realschule nicht aus dem Blick verloren werden dürfe. Es sei geplant, die Belegungszahlen der Realschule im zuständigen Ausschuss vorzulegen. Möglicherweise könne die Realschule in Zukunft viel Zulauf erhalten auf Grund der Schließung der Realschulen in der Umgebung.

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass die Sache im Fachausschuss nachberaten werden solle. Für dieses Jahr habe der Dringlichkeitsbeschluss den Effekt, dass drei Schüler aus anderen Kommunen des Kreises Heinsberg nicht in die Gesamtschule aufgenommen werden könnten. Weitere Folgen des Beschlusses sollten im Ausschuss in Gänze betrachtet werden.

Herr Stadtverordneter Kohnen stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragte, die Debatte zu beenden und zur Abstimmung aufzurufen.

Herr Stadtverordneter Wolff betonte abschließend, dass die Qualität der Schule nicht durch die Ablehnung auswärtiger Schüler mit möglicherweise guten Noten beeinflusst werde.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat genehmigt den Dringlichkeitsbeschluss nach § 60 GO NRW über die Durchführung des Schüleranmeldeverfahrens an den städtischen Schulen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	25
Nein:	11
Enthaltung:	0

**TOP 12 Entscheidung über eine Befreiung und eine Abweichung für ein Bauvorhaben in Geilenkirchen  
Errichtung eines Einfamilienwohnhauses im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 84, 1. Änderung  
Befreiung von der Festsetzung über die Traufhöhe  
Abweichung von der festgesetzten Dachneigung  
Vorlage: 207/2014**

**Beschlussvorschlag:**

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen wird hinsichtlich der Traufhöhe antragsgemäß erteilt.  
Der Abweichung von der örtlichen Bauvorschrift hinsichtlich der Dachneigung wird antragsgemäß zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 13 Information und Beratung zum Stand und über das weitere Vorgehen im LEADER - Projekt "Aachener Revier"  
Vorlage: 212/2015**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt Geilenkirchen trägt die Teilnahme der Region „Aachener Revier“ an dem vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW am 27.10.2014 ausgeschriebenen Wettbewerb zur Auswahl der LEADER-Regionen in NRW bzw. zur Förderung der Umsetzung integrierter Entwicklungsstrategien im Rahmen der Maßnahme LEADER des NRW-Programms „Ländlicher Raum 2014-2020“ sowie die der

Bewerbung zugrunde liegende „Lokale Entwicklungsstrategie“ der Region „Aachener Revier“ mit.

Gleichzeitig bekräftigt sie ihren Willen, alles daran zu setzen, die Finanzierung der Umsetzung der „Lokalen Entwicklungsstrategie“ in der LEADER-Förderphase sicherzustellen.

2. Für die anteilige Finanzierung der Kosten des öffentlichen Mindestanteils für den LEADER-Förderzeitraum von 2015 bis 2023 stellt die Stadt Geilenkirchen 2.500 € p.a. zur Verfügung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

### **TOP 14 Vergütungen für wahrgenommene Mandate und Nebentätigkeiten des Bürgermeisters in 2014 Vorlage: 232/2015**

Bürgermeister Fiedler gab Auskunft über folgende erhaltene Vergütungen für wahrgenommene Mandate und Nebentätigkeiten im Jahr 2014:

Kreiswerke Heinsberg	Gesellschafterversammlung	330,00 €
EWV	Gesellschafterversammlung	150,00 €
Verbandswasserwerk Gangelt	Aufsichtsrat	625,00 €
West Energie und Verkehr	Aufsichtsrat	1.920,00 €
Wasserverband Eifel-Rur	Gesellschafterversammlung	120,00 €
Summe		3.145,00 €

### **Kenntnisnahme:**

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

### **TOP 15 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

Herr Stadtverordneter Banzet erkundigte sich, wie mit der Schulsozialarbeit in Geilenkirchen weiter verfahren werden sollte.

Herr Erster Beigeordneter Brunen führte aus, dass der Kreis Heinsberg eine Anfrage zur Nutzung zugewiesener Fördermittel des Landes NRW an die kreisangehörigen Städte gestellt habe. Die Verwaltung habe dem Kreis mitgeteilt, dass die Fortsetzung der Schulsozialarbeit grundsätzlich begrüßt werde. Die Finanzierung sowie die mögliche Erbringung eines Eigenanteils der Stadt müsse noch geklärt werden.

Herr Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die Verwaltungsstaffel der Feuerwehr wichtig für die Funktionalität der städtischen Feuerwehr sei und fragte, ob Feuerwehrleute bei Einstellungsverfahren bevorzugt behandelt würden.

Bürgermeister Fiedler berichtete, dass bei Bewerbungen darauf geachtet werde, ob Feuerwehrleute unter den Interessenten seien. In den Einstellungsverfahren der letzten Monate habe sich kein Feuerwehrmitglied beworben. Bei gleicher Eignung und Befähigung im Vergleich mit anderen Bewerbern solle ein Feuerwehrmitglied eingestellt werden.

Herr Stadtverordneter Gerads fragte, ob die Schulleitung der Mercatorschule erhalten bleiben solle, wenn die Don Bosco Schule entsprechend der Planung die Hauptstelle und die Mercatorschule die Nebenstelle des Förderschulzweckverbandes werden sollte.

Bürgermeister Fiedler berichtete, dass die Schulleitung der Don Bosco Schule am Standort Heinsberg auch die Leitung der Nebenstelle Mercatorschule übernehmen werde.

Herr Stadtverordneter Graf erkundigte sich, ob eine Verlegung von Glasfaserleitungen auch in der Fliegerhorstsiedlung geplant sei und machte darauf aufmerksam, dass viele Wohnungen in der Siedlung nicht bewohnt seien. Die Deutsche Glasfaser gehe von 296 bewohnten Wohnungen aus. Die tatsächliche Zahl der bewohnten Wohnungen sei jedoch geringer. Herr Stadtverordneter Graf schlug vor, dass die Stadtverwaltung auf die BIMA Einfluss ausüben könne, um den Anschluss leer stehender Wohnungen an das Glasfasernetz zu erreichen.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter führte aus, dass die Verwaltung keine Entscheidung zum Anschluss der leer stehenden Wohnungen an das Glasfasernetz treffen könne. Ein Abschluss von Verträgen zum Anschluss der leer stehenden Wohnungen an das Glasfasernetz durch die BIMA sei unwahrscheinlich, da die BIMA nicht an der weiteren Vermietung der Siedlung interessiert sei. Man sei angewiesen auf eine große Beteiligung der an einem Glasfaseranschluss interessierten Personen, um die von der Deutschen Glasfaser gesetzte Marke von 40 Prozent zu erreichen. Die Verwaltung sei bestrebt, zu einer einvernehmlichen Lösung der Angelegenheit mit der Deutschen Glasfaser und der BIMA beizutragen.

Herr Stadtverordneter Paulus ergänzte, dass am 24.02.2015 eine Versammlung mit der Deutschen Glasfaser stattfinden werde, in der die Angelegenheit diskutiert werden könne. Nach den Arbeiten der Deutschen Glasfaser in Teveren habe es Beschwerden aus der Bevölkerung über die Arbeitsabwicklung auf den Bürgersteigen gegeben. Es bestehe stetiger Kontakt mit der Verwaltung in dieser Sache und Mitar-

beiter der Verwaltung seien regelmäßig vor Ort. Unfallgefahren seien teilweise noch nicht beseitigt worden und die Bürgersteige seien aktuell noch stark besandet. Die Firmen, die früher die Arbeiten für die Deutsche Glasfaser erledigt hätten, seien bei der Verlegung der Leitungen anders vorgegangen. Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich, ob der Verwaltung Hinweise auf Nachbesserungsarbeiten vorlägen, die nicht unverzüglich geschehen seien.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Verwaltung stets in Kontakt mit den ausführenden Firmen sei. Der Sand sei auf den Bürgersteigen verstreut worden und müsse langsam eingeschwemmt und nicht eingekehrt werden.

Frau Stadtverordnete Brandt merkte an, dass in der letzten Sitzung auf eine ähnliche Frage von ihr geantwortet worden sei, dass die Arbeiten noch nicht abgenommen seien und die Verwaltung noch nicht handeln könne.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass die Verwaltung Abnahmen und Nacharbeiten durchführe bzw. veranlasse. Bei der soeben auf die Frage des Herrn Stadtverordneten Paulus gegebene Antwort sei der Fokus auf die besandeten Gehwege gelegt worden. Diese Antwort stelle eine Ergänzung zu der Antwort dar, die Frau Stadtverordnete Brandt erhalten habe.

Herr Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich, ob die Ergänzungen zur Tagesordnung, die kürzlich per E-Mail an die Stadtverordneten versandt worden seien, auch im Internet in dem Ratsinformationsportal und in Mandatos eingestellt worden seien.

Bürgermeister Fiedler stellte klar, dass es nicht geschehen dürfe, dass die Stadtverordneten unterschiedlich mit Informationen versorgt würden. Die Ergänzungen zur Tagesordnung seien in das Ratsinformationsportal und Mandatos eingepflegt worden. In den letzten Tagen habe es technische Probleme beim E-Mail-Versand gegeben. Die EDV-Abteilung der Stadt wisse von der Problematik und arbeite an einer Lösung. Die Verwaltung sei bestrebt, alle Stadtverordneten gleichmäßig mit Informationen zu versorgen.

## **TOP 16 Fragestunde für Einwohner**

Der Zuschauer Herr Herbert Brandt erkundigte sich, warum bei der Feststellung von Befangenheit nicht einheitlich vorgegangen werde. In seiner Amtszeit als Stadtverordneter habe er bei einer Diskussion um die Realschule nicht mitstimmen dürfen, da er damals pensionierter stellvertretender Schulleiter war. Das Vorgehen bei Herrn Stadtverordneten Dr. Evertz bei der Diskussion über die Dringlichkeitsentscheidung sei nicht korrekt gewesen.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass er nicht gewusst habe, dass Herr Brandt damals pensioniert gewesen sei. Die Befangenheit müsse von der befangenen Person festgestellt und erklärt werden. Bürgermeister Fiedler entschuldigte sich bei Herrn Brandt für die damalige Vorgehensweise.

Herr Brandt erkundigte sich ferner, ob der Behindertenparkplatz bei der Post nun ersatzlos wegfallen solle.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter führte aus, dass der Parkplatz auf Grund einer Laterne verschoben werden und weiterhin existieren solle. Die Aussage des Herrn Pütz zur Einrichtung eines temporären Parkplatzes an der Salzoase sei bisher nicht in der Verwaltung abgestimmt worden und solle als Vorschlag verstanden werden.

Ein Zuschauer legte dar, dass nur bewohnte Wohneinheiten bei der Verlegung von Glasfaserleitungen in Neu-Teveren zur Erreichung der 40-Prozent-Quote berücksichtigt werden sollten.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Deutsche Glasfaser zunächst eine Befragung durchführen solle und danach bei Bedarf eine Diskussion über die Berücksichtigung der leeren Wohnungen mit der Deutschen Glasfaser und der BIMA geführt werden solle.

Bürgermeister Fiedler beendete den öffentlichen Teil der Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt. Er bedankte sich bei den Zuschauern und der Presse für das Interesse und wünschte einen schönen Abend.

Sitzung endet um: 20.05 Uhr

Vorsitzender



Bürgermeister  
Thomas Fiedler

Schriftführerin



Sandra Schuhmachers